95A10

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann, Jannes Hagemeier, Emma Söncksen (LSS, Stellv. LSS, SV-BBZ Rendsburg-Eckernförde)

Titel: **Strafe ersetzt keine Pädagogik – Ordnungsmaßnahmen reformieren**

Antragstext

Das Landesschüler*innenparlament stellt fest, dass Ordnungsmaßnahmen wie Verweise, Unterrichtsausschlüsse oder Schulverweise nachweislich keine nachhaltige Verhaltensänderung bewirken.

Bildungs- und Sozialforschung zeigt, dass punitive Maßnahmen Konflikte verschärfen, Stigmatisierung verstärken und Bildungsabbrüche begünstigen – insbesondere bei sozial benachteiligten Schüler*innen.

Daher fordert das Landesschüler*innenparlament die **Abschaffung rein strafender Ordnungsmaßnahmen ohne verpflichtende pädagogische, sozialarbeiterische oder therapeutische Begleitung**.

Ein Bildungssystem, das ausschließt statt unterstützt, produziert genau die Probleme, die es vorgibt zu lösen.

Begründung

Verweise, Ausschlüsse und Ordnungsmaßnahmen werden als „notwendig“ dargestellt. Die Forschung sagt etwas anderes: Sie verschärfen Konflikte, stigmatisieren und erhöhen die Abbruchquote – besonders bei ohnehin benachteiligten Schüler*innen.

Was als Ordnung verkauft wird, ist oft reine Verdrängung. Probleme verschwinden nicht, sie werden ausgelagert. Pädagogik, die nur sanktioniert, hat kapituliert.

Ein Bildungssystem, das ausschließt statt unterstützt, produziert genau die Krisen, die es später beklagt.